

# 14. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

Karlsruhe, 17. - 19. März 2000

## Beschluss zu Hermes-Bürgschaften

Eine Kehrtwende in der Hermespolitik ist notwendig!

Am Donnerstag, 9. März 2000, entschied der Interministerielle Ausschuss (IMA) der Regierung unter der Beteiligung des Auswärtigen Amtes, Hermes-Bürgschaften für drei AKW in Litauen, Argentinien und China zu vergeben.

Auch wenn dies Teil eines größeren politisch verabredeten Paketes ist, das die Ablehnung zahlreicher weiterer Projekte beinhaltet, halten wir den Ablauf dieser Entscheidung für einen Fehler und kritisieren ihren Inhalt.

Die aktuellen Genehmigungen von Hermes-Bürgschaften verdeutlichen unserer Partei eine Problemlage, die spätestens seit dem letztjährigen Konflikt um die Genehmigung von Kreditabsicherungen der Reaktoren K2 und R4 in der Ukraine zur Lösung ansteht. Die deutsche Politik braucht eine Kehrtwende in der Hermespolitik. Dies ist bereits in der Koalitionsvereinbarung verabredet und leider bisher verzögert worden. Ähnlich wie bei den Rüstungsexporten muß die rot-grüne Regierung eine Richtschnur für die Entscheidung zur Vergabe von Hermes-Bürgschaften entwickeln. Diese "Hermesrichtlinien" sind zügig zu erarbeiten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen vor diesem Hintergrund die Einrichtung entsprechender Arbeitskreise in den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Auch die Forderung der GRÜNEN Fraktion, die Tagesordnung des IMA rechtzeitig an die Fraktionsvorstände zu übermitteln, findet unsere Unterstützung. Die Vergabe von Hermes-Bürgschaften muss transparent gestaltet werden.

Die Entscheidung der letzten Woche geschah dagegen ohne Abstimmung mit der Fraktion und dem Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die mangelnde Rückkoppelung einer solchen zentralen Entscheidung ist zu kritisieren. Bedauerlich ist aus GRÜNER Sicht schon, dass in zwei Fällen zur Vermeidung von Schadensersatzansprüchen bereits vorliegende Grundsatzzusagen der Vorgängerregierung realisiert

werden mussten. Unverständlich ist dagegen die Zusage im Fall des Neubaus eines chinesischen AKW in Lianyungang. Dies ist aus unserer Sicht eindeutig ein Fehler.

Dass bezüglich verschiedener Atomkraft- und Staudammprojekte ein Gesamtpaket verabredet werden sollte, war ein einvernehmlich an Jürgen Trittin und Joschka Fischer erteilter Auftrag des Koalitionsausschusses. Dabei sollte grundsätzlich Wert darauf gelegt werden, Neuverträgen keine Hermes-Deckung zu gewähren. Wir kritisieren, dass der IMA Einzelentscheidungen aus dem Gesamtpaket herausgelöst hat. Wenn der Rest des Gesamtpaketes umgesetzt und realisiert werden kann, wie es derzeit öffentlich diskutiert wird, begrüßen wir dies. Dies würde unter anderem das Aus für das Projekt K2R4 in der Ukraine beinhalten, worum wir lange gekämpft haben. Beispielsweise werden auch die AKW Angra III (Brasilien), Ling Ao (China) sowie Akkuyu (im türkischen Erdbebengebiet) auf diesem Wege gestoppt. Wir sehen keinen Spielraum für weitere Zugeständnisse unsererseits. Teil des Gesamtpaketes soll auch die grundsätzliche Überarbeitung der Hermesvergabe werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Regierung auf, die noch anstehenden Projekte im Sinne eines Gesamtpaketes abzulehnen und keine Neuanträge zu genehmigen. Auch für die anstehende Entscheidung zu K2R4 in der Ukraine ist unsere Position klar und einfach: Keine Mark darf dafür fließen.

Die interfraktionelle Arbeit an einer Neuregelung der Kreditabsicherungen durch die Hermes-Versicherung ist zu forcieren, um zukünftig Situationen wie die aktuelle zu vermeiden und die Transparenz der Entscheidungen herzustellen.

Bundestagsfraktion und Regierungsmitglieder werden aufgefordert, sich in der Koalition und in der Bundesregierung dafür einzusetzen:

- dass die Bundesregierung eine europäische Initiative mit dem Ziel ergreift, die Mittelvergabe für Atomprojekte in der oder durch die Europäische Union insgesamt zu stoppen;
- dass auch eine Finanzierung der Reaktoren K2 und R4 durch die Europäische Investitionsbank und Osteuropabank (EBRB) nicht erfolgt;
- dass alle staatlichen Möglichkeiten, den Export von Atomtechnologie zu be- oder verhindern, ausgeschöpft werden;
- dass die Bundesregierung prüft, ob es rechtliche Möglichkeiten gibt, Ausfuhrgenehmigungen, die im Zusammenhang mit Atomprojekten stehen, nicht zu erteilen und dies auch gesetzlich zu verbieten.